



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/281 - 4.12.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Autoritäre Bürokratie	S. 1
Schwache Stellen im schwedischen Schulsystem	S. 3
Krisenerscheinungen in der CSU	S. 4

## Der dichte Schleier

P.R. Ein führender westdeutscher Parlamentarier äußerte kürzlich, bisweilen scheine es ihm so, als lebe er in einer autoritativen Bürokratie, nicht aber in einer parlamentarischen Demokratie. Über viele der wichtigsten staatspolitischen Entwicklungsvorgänge und -zusammenhänge sei ein dichter Schleier gelegt, der selbst den Abgeordneten den Einblick ungemein erschwere. Die allgemeine Tendenz gehe immer stärker dahin, Kenntnis und Bearbeitung eines möglichst großen Teiles wichtigster Anliegen der Allgemeinheit einem möglichst kleinen Kreis hoher und höchster Beamten vorzubehalten.

Dieser Zug zur Geheimnistuerei und einer bisweilen fast verstockt wirkenden Verschwiegenheit, über den oft geklagt worden ist, liegt einmal in der Natur des Mannes, der auf der Regierungsseite allein ausschlaggebend ist. Man begründet dieses Bestreben nach außen hin mit der Behauptung, die öffentliche und propagandistische Behandlung delikater politischer Fragen sei unzuweckmäßig. Solche Hinweise lenken vom wahren Sachverhalt ab. Es geht hier gar nicht um die Frage einer unbedingt öffentlichen Behandlung, um die Frage: Geheimdiplomatie oder nicht, sondern um die in einem demokratischen Staat unerlässliche Offenheit der Regierung gegenüber der Bevölkerung und deren Organen, in allen Fragen, die solche Offenheit vertragen. Und den Maßstab dafür, wo solche Offenheit angebracht ist oder nicht, kann freilich nicht die eine

Seite allein bestimmen.

Die Pressepolitik der Regierung z.B. arbeitet auf der Linie minimaler Information, die nach den Beschlüssen des Karlsruher CDU-Parteitagcs durch die neue Linie maximaler Propaganda ersetzt werden soll. Oder jetzt in Paris: Ein Vertrag von entscheidender Bedeutung wird abgesprochen und - gefeiert, ohne daß irgendjemand seinen Inhalt kennt. Die ohnehin sehr unzureichende und gelegentliche Fühlungnahme der Regierung mit der Opposition ist vom Kanzler in einer Weise abgebrochen worden, die jede Form vermissen läßt.

Als es im Jahre 1945 auf die Potsdamer Konferenz zuzug, lud der Premier, Churchill, den Führer der Opposition, Attlee, ein, ihn zu dieser weltgeschichtlichen Begegnung mit Truman und Stalin zu begleiten. So geschah es. 1942 hatte Roosevelt seinen erbitterten innerpolitischen Gegner, Wendell Willkie, in die Sowjetunion geschickt, um ihn für eine amerikanische Aufgabe einzusetzen - von den übrigen gemeinsamen außenpolitischen Anstrengungen von Regierung und Opposition in den beiden großen angelsächsischen Demokratien ganz abgesehen.

Auch Dr. Adenauer hat verschiedentlich den Eindruck erweckt, als bedaure er das Nichtvorhandensein solcher Zusammenarbeit. Offenbar stellt er sich darunter aber die Mitübernahme der Verantwortung für seine Politik durch die Sozialdemokratie vor. Diese andererseits will und kann nicht verlangen, daß der Kanzler ihre Politik treibt. Trotzdem sollte dieser Kontakt, unabhängig davon, ob er zu dem Ergebnis einer gemeinsamen Auffassung über die Methoden oder gar die Ziele führt, Bestandteil einer vernünftigen demokratischen Praxis sein.

Diese aber gibt es in der Bundesrepublik heute nicht. Sie scheitert an der mangelnden Bereitschaft, in erster Linie des Kanzlers, die unbequeme, oft lästige Kontrolle des Parlaments und den Einwand des politischen Gegners als eine demokratische Notwendigkeit anzuerkennen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Wenn eine solche autoritätsüchtige Methode von einer erfolgreichen Regierung angewandt wird, so wird sie dadurch im Prinzip nicht besser, aber sie kann für einige Zeit erträglich sein. Bei einer erfolglosen Regierung, die auf falschem Kurs steuert, muß sie zur schweren Schädigung des Volkes führen, für das sie da ist.

Das Bildungsmonopol der Reichen

KRK - Stockholm

Schweden ist ein Sozialstaat erster Ordnung. Wohl in keinem Lande der Welt wird das Produktionsergebnis so gerecht verteilt wie in diesem Lande. Zu relativ gerechten Arbeitslöhnen kommt das Sozialeinkommen in Form von Kinder- und Wochenbeihilfen, sowie Volkspensionen; die Mittel zur Verteilung dieses Sozialeinkommens erfließen aus einer dem Einkommen angemessenen Besteuerung. Der schwedische Arbeiter wohnt in guten Wohnungen. Er verfügt über die Mittel, sich anständige Kleider und gute Schuhe, sowie angemessene Nahrung und zureichende Vergnügungen zu gönnen. Aber Schweden ist trotzdem ein Klassenstaat. Das Bildungsmonopol der Reichen, ein hervorragendes Merkmal des Klassenstaates, ist noch lange nicht gebrochen.

Eine soeben veröffentlichte Doktorarbeit Sven Möbergs beschäftigt sich mit der sozialen Abstammung der schwedischen Studenten. Das Ergebnis der Untersuchung: Die Gruppe der kleinen Beamten, Arbeiter und Handwerker stellte im Jahre 1950 nur vier Prozent der Abiturienten im Alter von 20 Jahren, die Gruppe der Bauern und der bäuerlichen Berufe nur drei Prozent. Allerdings haben die beiden Gruppen seit 1937 ihren Anteil verdoppelt. Das beruht darauf, daß gewisse Spezialabiturienten just aus diesen beiden Sozialklassen kommen, vor allem die Hörer der Sozialinstitute mit kürzerer Ausbildungsdauer. Von den Zwanzigjährigen des Jahrgangs 1950, die Volksschullehrerfamilien entstammen, waren nicht weniger als 45 Prozent Abiturienten oder Spezialstudenten. Bei Priesterfamilien war die Ziffer 70 Prozent, bei Offiziersfamilien 60 Prozent. Im Jahre 1930 ließen 80 Prozent der Akademiker ihre Kinder studieren. Diese Ziffer dürfte sich nicht wesentlich geändert haben. In der Gruppe Handel studieren 25 Prozent der Zwanzigjährigen.

Es herrscht also ein gewaltiges Mißverhältnis zwischen der Gruppe der Arbeiter und Bauern auf der einen und jener der anderen Sozialgruppen auf der anderen Seite. Natürlich hat dieses Mißverhältnis nicht nur soziale Ursachen, aber die soziale Lage der Väter ist doch wohl nach wie vor von großer Bedeutung. Die Abiturienten aus ärmeren Familien wählen in der Regel kürzere Studienwege, die ein rascheres, wenn auch geringeres Einkommen bringen als sie bei längeren Studien

erwarten dürften. Auch ist der Abbruch der Studien bei Abiturienten aus ärmeren Familien viel häufiger als bei den Studierenden aus reichen Häusern. Es gibt außerdem einen auffallenden Zusammenhang zwischen dem Nettoeinkommen nach den Examinas und der sozialen Abstammung. Kinder aus geringeren Sozialgruppen wählen häufig die schlechter bezahlte Laufbahn des Lehrers oder Priesters. Die Kinder aus wohlhabenderen Häusern haben nach dem Verfasser besagter Doktorarbeit im allgemeinen "besseren Erfolg" im Leben als die andern. Sie haben auch gewöhnlich bessere Beziehungen als die Kinder aus ärmeren Familien.

Solange das Bildungsmonopol der Reichen nicht gebrochen ist, kann man von einer Erfüllung der Demokratie nicht sprechen. Ist die Spannung zwischen der Zahl der Akademiker aus den höheren und niedrigeren Sozialgruppen in einem sozial so ausgeglichenen Lande wie Schweden noch so groß - wie ist es dann in den anderen Ländern bestellt, in denen der soziale Ausgleich nicht so weit fortgeschritten ist?

Hier hat die Demokratie noch eine entscheidende Aufgabe zu erfüllen. Es ist gut, daß vor allem die ärmeren Sozialgruppen sich dieser Aufgabe bewußt werden.

+ + +

#### Wankende "antimarxistische Front" in Bayern

(sp) Die Ankündigung des Zentrums, sich in Bayern in das politische Geschehen einzuschalten, hat nicht nur die Politiker der CSU und der BP auf den Plan gerufen, sondern auch zu einem direkten Eingreifen des Klerus geführt. "Aufsplitterung der christlichen Front" waren die mildesten Töne, die aus diesem Lager erklangen.

In der Tat: Die Reihen der "christlichen Front" sind ins Wanken geraten. Nicht das Auftauchen des Zentrums in Bayern hat diese Bewegung ausgelöst, sondern die Entwicklung in Bonn hat es geradezu erst ermöglicht, daß einer organisatorischen Ausdehnung des Zentrums nach Bayern nähergetreten werden konnte. Diese sozialreformerischen Kräfte, die es in der CSU in genügender Anzahl gibt, sind unzufrieden, daß sich die CSU so ins Schlepptau der von der rheinischen Großindustrie bevormandeten CDU nehmen ließ. Es ist nicht anzunehmen, daß es etwa dem Zentrum in Bayern gelingen wird, größere Wählermassen in absehbarer Zeit an sich zu ziehen. Aber es könnte doch erreichen, daß es wenige Prozent der Wählerstimmen erzielt, wodurch die CSU endgültig aus ihrer Spitzenstellung verdrängt würde.

Aber es sind auch noch andere Gespräche innerhalb der CSU im Gange, die seit der Gründung der Union in Bayern nie ganz verstummt sind. In der letzten Zeit werden erneut mit stärkerer Betonung solche Gespräche geführt, die sich mit der Errichtung einer klerikal-konservativen Partei befassen. Klerikale Kreise streben eine rein-katholische Partei an. Sie sind unzufrieden mit der Politik von Ministerpräsident Dr. Ehard und glauben, daß seine "Politik der Mitte" Kompromisse notwendig macht, die der katholischen Weltanschauung schaden werden. Sie verweisen mit Nachdruck darauf, daß diese Politik bisher das Ergebnis gezeigt hat, daß CSU und BP in heftiger Fehde ohne jede Tüchtführung nebeneinander hermarschiert sind.

Auch die Entwicklung in der BP ist zwiespältig. Bisher hat die Landesleitung unter Führung von Dr. Baumgartner jede engere Zusammenarbeit mit der CSU abgelehnt und eine etwaige Fusion klar zurückgewiesen. In den unteren Parteinstanzen wird diese strikte Ablehnung keineswegs immer geteilt. In Würzburg geschah es, daß die Stadträte der BP zur CSU übergingen. Die Bestürzung über dieses Verhalten innerhalb der BP-Führung ist groß, da man für die Gemeindewahlen Rückwirkungen befürchtet. So hat die Landesleitung ausdrücklich ihre Organisation angewiesen, daß die BP bei den Gemeindewahlen "als eigene Partei" in den Wahlkampf geht. Ausnahmen sollen nur dann gemacht werden, wenn "die Verhältnisse ein gemeinsames Vorgehen der christlichen Front erfordern". Die Landesleitung hat sich jedoch die Zustimmung vorbehalten. Inwieweit eine Ankündigung zur Bildung einer "antimarxistischen Front", die sich aus BP, CSU und FDP zusammensetzen soll, unter diesen Umständen verwirklicht werden kann, bleibt das Geheimnis Dr. Baumgartners.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich sowohl CSU als auch BP in einer nicht gerade glücklichen Situation befinden. Sie sind gezwungen, in ihren eigenen Reihen Diskussionen zu führen, die an ihrem Bestand zehren. Hinzu kommt noch, daß auch in Bayern der Rechtsradikalismus sich zu formieren versucht, der nicht zuletzt auch seine Anhänger aus diesen beiden Parteien rekrutieren möchte.

---

Verantwortlich: Peter Raunau